

Niederschrift

zur 46. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 05.12.2017	18:30-22:02 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Kai Hamacher,

Fraktion DIE LINKE.

René Benz,

Stephan Wende ab 18:54 Uhr (TOP 8.1),

CDU/FDP-Fraktion

Eberhard Henkel ab 18:38 Uhr (TOP 7),

Rolf Hilke bis 21:33 Uhr (TOP 9),

Jens Hoffrichter ab 18:31 Uhr (TOP 5),

SPD-Fraktion

Klaus Hemmerling,

Jürgen Luban,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz als Vertreter von Jens-Olaf Zänker,

Sachkundige EinwohnerInnen

Heinz Almes,

Thomas Apitz,

Rolf-Peter Hooge,

Bernd Saliter,

Gordon Starcken,

Verwaltung

Christfried Tschepe, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung,

Carsten Fettke, Fachgruppenleiter Bau- und Liegenschaftsmanagement,

Jeannine Albrecht, Fachgruppe Stadtplanung,

Marco Witte als Protokollant,

Gäste

Roland Fröhlich, BBSM,

Siegfried Reibetanz, Geschäftsführer Gruppe Planwerk,

Carolin Petsch, Gruppe Planwerk,

Karl-Heinz Wittig, Vorsitzender Ortsbeirat Heideland,

Jürgen Hajduk, Ortsbeirat Heideland,

Sigrid Daske, Behindertenbeirat,
Elke Neitsch, Behindertenbeirat,
Manja Wilde, Märkische Oderzeitung,
Roswitha Carlin,
Andreas Pfeiffer
sowie sieben weitere Bürgerinnen und Bürger.

Abwesend

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer,

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker.

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:30 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Es sind sieben Abgeordnete anwesend. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 17.10.2017

Die Niederschrift wird bestätigt.

Zustimmung Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende bedankt sich anlässlich der letzten Ausschusssitzung in diesem Jahr für die zahlreichen interessanten Diskussionen in den vergangenen Monaten.

TOP 6 Informationen und Anfragen aus Beiräten

Es gibt keine Anfragen oder Informationen aus Beiräten.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Pfeiffer erklärt sich mit der Aufzeichnung und Veröffentlichung einverstanden.

Er möchte bezugnehmend auf den TOP 8.9 (**Querungshilfe** L 38) einige Hinweise geben: Als Mitglied des FSV Union Fürstenwalde spricht er dabei auch für andere Vereinsmitglieder. Allgemein ist der Verein bestrebt, bei der Gestaltung der Umgebung positiv mitzuwirken. Der Verein begrüßt die

geplante Querungshilfe, den Ausbau des Geh- und Radweges und auch, wenn eine Bushaltestelle installiert werden könnte. Gerade letzte Woche hat es einen Auffahrunfall an der Stadionzufahrt gegeben. Daher wäre es wünschenswert, wenn bis zur Stadionzufahrt eine dauerhafte Geschwindigkeitsreduzierung auf 50 km/h erfolgen könnte. Herr Tschepe informiert, dass sich die Verwaltung um einen Termin beim zuständigen Landesbetrieb Straßenwesen bemüht, die zuständige Mitarbeiterin aber gerade im Urlaub ist. Auch das Straßenverkehrsamt muss beteiligt werden. Derzeit wird geprüft, ob ein Versetzen des Ortseingangsschildes vor die Stadionzufahrt möglich wäre. Hierzu und zu der Querungshilfe werden gerade die Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit geklärt und Lösungen gesucht.

Frau Carlin erklärt sich mit der Aufzeichnung und Veröffentlichung einverstanden.

Sie kommt auf ihre vorher eingereichte Anfrage (E-Mail) zum Pflanzdatum von fünf jungen Bäumen in **Lindenstraße** zu sprechen, worauf Herr Tschepe antwortet, dass interne Recherchen ergeben haben, dass diese 2004 gepflanzt wurden.

Frau Carlin äußert an dieser Stelle ihr Bedauern, dass bei der Planung an der **Theodor-Fontane-Grundschule** (TOP 8.4) sehr viel alte Bausubstanz verbaut werden würde. Herr Tschepe verweist auf die Ausführungen, welche dazu im TOP gemacht werden.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Analyse Einwohnerentwicklung und Prognose (BE: Hr. Fröhlich, BBSM)

Herr Fröhlich von der Brandenburgischen Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH (BBSM) stellt anhand einer Präsentation die Ergebnisse der Einwohnerentwicklungsanalyse und -prognose vor. Für die Analyse der Entwicklung wurden **drei Gruppen** differenziert: deutsche Bevölkerung, EU-Ausländer sowie sonstige Ausländer. Stichtag der Untersuchung war der 31.12.2016. An diesem Tag lebten in der Stadt 33.113 Menschen. Während die Zahl der deutschen Bevölkerung über die letzten zehn Jahre leicht sank (von 34.482 auf 30.354), nahm die Zahl der ausländischen Bevölkerung zu (EU-Ausländer von 200 auf 512, Nicht-EU-Ausländer von 1.037 auf 2.247). Die Anzahl der sonstigen Ausländer ist nach 2014 deutlich gestiegen, sie umfasst aber nicht ausschließlich Geflüchtete. Bei bestimmten Altersgruppen sind landestypische Entwicklungen festzustellen: So gibt es Bildungsabwanderung und auch der demografische Einschnitt nach der Wende ist vorhanden. Der natürliche Saldo aus Geburten und Sterbefällen ist weiterhin negativ, allerdings nimmt die Zahl der Geburten zu.

In den letzten Jahren gab es bei den **Wanderungen** leichte Umlandverluste, während im Verhältnis zu Berlin sich der Verlust 2014 auf einen Gewinn gedreht hat. Bei anderen Orten gibt es bereits seit 2011 Zuzugsgewinne für Fürstenwalde. Besonders stark spiegelt sich die Flüchtlingswelle wider. Wegen der unklaren künftigen Wanderungsentwicklung können keine sicheren Annahmen getroffen werden, daher wurden die sonstigen Ausländer separat betrachtet.

Es wurden drei Szenarien untersucht:

- Das Basisszenario, welches sich nach der (nicht aktuellen) Landesprognose richtet: In diesem Szenario steigt die Bevölkerungszahl bis 2020, um danach zurück zu gehen.
- Das Trendszenario, welches die durchschnittlichen Wanderungssalden fortsetzt: In diesem Fall sinkt die Bevölkerungszahl wegen des Sterbeüberschusses.
- Die Aktivierung von Wohnungsbaupotentialflächen mit 1.500 neuen Haushalten bis 2030: Durch die Wohnbauaktivierung könnte ein Zuzug von 230 bis 240 Personen pro Jahr erfolgen. Nach einem Anstieg würde die Anzahl der Einwohner ab 2025 stabil werden, da dann der natürliche Saldo aufgewogen wird.

In Fürstenwalde-Nord ist die Anzahl der Einwohner seit 2012 stabil, nachdem sie zuvor zurückgegangen war. Bei der Wohnbauaktivierung würde die Zahl wachsen, ansonsten stabil bleiben. Im Stadtteil Mitte steigt die Zahl der Einwohner seit 2007. Die Zahl würde bei der Aktivierung noch weiter steigen und dann wieder sinken, ansonsten wäre sie relativ stabil. In Süd steigen die Zahlen

seit 2015 wieder, nachdem diese zuvor sanken. Hier befinden sich die meisten Baupotentiale, andererseits auch eine Altersstruktur, durch welche die Einwohnerzahl zurückgehen wird. Bei der Aktivierung würde eine dynamische Entwicklung stattfinden.

Herr Hilke fragt, ob beim Wohnbaupotentialsszenario auch der freiwerdende Wohnraum beachtet wurde, bejaht Herr Fröhlich. Bei den Themen **Familiennachzug** und Lage des Bürgerkrieges in Syrien konnte nur die jetzige Situation berücksichtigt werden, führt Herr Fröhlich auf Nachfrage von Herrn Hilke aus, allerdings würden sich die Zahlen bei der Wohnbaupotentialaktivierung nur unwesentlich ändern, lediglich die Anteile Deutsche–Ausländer wären unterschiedlich.

Herr Hoffrichter fragt, ob als Folge der Umlandwanderungen, bei denen Ältere in die Stadt zurückkehren und Jüngere rausziehen, **Eingemeindungen** eine sinnvolle Maßnahme wäre, um das Gefüge wieder zusammenzuführen. Herr Fröhlich empfiehlt besser die Stadt attraktiv für Familien zu machen, als die Statistik durch Eingemeindungen zu verändern.

Herr Hoffrichter sagt, dass Erkner und Bad Saarow häufig deutlich näher an Berlin empfunden und **wahrgenommen** werden als Fürstenwalde, und wirft die Frage auf, wie das verändert werden könnte. Herr Fröhlich führt aus, dass eine Entwicklung in den Städten der „2. Reihe“ bereits feststellbar ist, aber das Ergebnis der Entwicklung unklar ist. Der Wohnungsdruck in Berlin ist sehr groß, die Partizipation der umliegenden Städte davon ist nicht absehbar. Es gibt nachgefragte und weniger nachgefragte Standorte.

Herr Wende sieht, dass aus den Statistiken unterschiedliche Aussagen herausgelesen werden können. Statt über Eingemeindungen nachzudenken, sollten mit den Umlandkommunen **gemeinsame Planungsräume** auf Initiative der Stadt entstehen. Analog zur Betrachtung der Sozialräume könnte ein gemeinsames Budget dafür beschlossen werden. Möglicherweise wäre die Wiedereinführung des VBB-Berlin-C-Bereiches als Unterstützung der Wahrnehmung durch Berliner hilfreich.

Herr Tschepe sieht beste Chancen der Stadt, durch **Qualität** zu punkten. Fürstenwalde hat Bauland, Schulen, Kitas usw. Diese Stärken sollten weiterentwickelt werden. Im Verhältnis zu Berlin hat sich die Entwicklung geändert: Während am Friedrich-Naumann-Platz noch kein Berliner ein Grundstück erwarb, liegt deren Anteil bei den Grundstücken der Ketschendorfer Feldmark I in der zweiten Runde bei 40 %. Eine Zunahme ist zu erwarten, auch durch die BER-Eröffnung.

Herr Hemmerling bestätigt diese Aussage und ergänzt, dass vor allem der **RE 1** eine qualitativ hochwertige Verbindung ist und einen Vorteil gegenüber anderen 2.-Reihe-Städten darstellt. Er spricht sich für einen stärkeren Infrastrukturausbau (bspw. Sandstraßen) aus, auch um eine bessere Außendarstellung zu erwirken.

TOP 8.2 Umfassende Überarbeitung Integriertes Stadtentwicklungskonzept 6/DS/596 (INSEK), hier: Auslagebeschluss (BE: Fr. Petsch, Gruppe Planwerk)

Frau Petsch vom ausführenden Büro fasst anhand einer Präsentation die Arbeiten an der Überarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) zusammen. Sie benennt die Aufgaben des INSEK und den bisherigen Werdegang. So wurden Handlungsfelder ausgearbeitet, Handlungsbedarfe erkannt und die gewonnenen Erkenntnisse zu einer Handlungsstrategie und einem Leitbild konkretisiert. Im Ergebnis wurden die Schwerpunkte DomStadt (Wohnen und Tourismus), Gewerbestadt (Wirtschaft und Industrie) sowie SpreeStadt (Bildung, Klima, Natur und Landschaft) definiert.

Ferner wurden vier Entwicklungsräume als **strategische Punkte** herausgestellt:

- Die „Drehscheibe Bahnhof“ soll als zentraler Mobilitätsstandort ein attraktiver Stadteingang werden, ferner sollen die Potentiale des Stadtraumes besser genutzt werden.
- Beim „Bildungs-, Freizeit- und Gesundheitscampus Nord“ soll die Vernetzung der Akteure, die Qualifizierung der Angebote und die Erhöhung der Lebensqualität erreicht werden.
- Der „innerstädtische Spreeraum“ als Mischung aus Stadt- und Grünbereichen soll der Identitätsbildung dienen und seine vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten sind für alle zu erhalten. Ferner ist die Spree auch als Wirtschaftsfaktor zu entwickeln.

- Beim „Quartierszentrum am Haltepunkt Süd“ sollen das Bildungs- und Sportzentrum Süd gestärkt, der Stadt- und Verkehrsraum qualifiziert und Gewerbeflächenentwicklung vorgebracht werden.

Die zentralen Vorhaben übernehmen eine Schlüsselrolle zur Schwerpunktsetzung. Sie sind auch Voraussetzung für die **Förderung** durch das Land. Mehrere definierte Leuchtturm- und Schlüsselprojekte sind bereits angegangen und fortgeschritten.

Als nächstes werden folgende Schritte erfolgen: Nach der Vorstellung des INSEK im Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen und in der Stadtverordnetenversammlung finden eine öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange statt. Anschließend werden die Stellungnahmen abgewogen und der Bericht überarbeitet. Der endgültige **Beschluss** des Konzeptes ist für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.04.2018 geplant. Im Mai 2018 sollen dann die Inhalte des Konzeptes ausgestellt werden.

Herr Tschepe ergänzt, dass das Konzept auch Aussagen zu den Ortsteilen macht, welche bei der Vertretung gegenüber der Landesplanung als Argumentationsgrundlage dienen können.

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (Stand 23.11.2017) zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit im Sinne von § 3 BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Sinne von § 4 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden im Sinne von § 2 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.3 1. Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die 6/DS/608 Stadt Fürstenwalde/Spree, hier: Selbstbindungsbeschluss als städtebaulicher Rahmenplan

Herr Tschepe bemerkt, dass das Thema schon mehrfach vorgestellt wurde und daher auf eine weitere Präsentation verzichtet wird. Infolge der Beteiligungen ergaben sich keine wesentlichen Änderungen.

Herr Wende fragt, ob der Gewerbeverein und ähnliche **Institutionen** beteiligt wurden. Herr Tschepe verweist auf das Abwägungsprotokoll: Die Industrie- und Handelskammer (IHK) hatte keine Äußerungen gemacht, der Handelsverband Berlin-Brandenburg schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen an und das Innenstadtmanagement (ISM) hat es befürwortet. Insgesamt gingen keine kritischen Bewertungen ein.

Herr Hamacher fragt nach dem im Plan erwähnten **Interessenkreis**. Hier bemerkt Herr Tschepe, dass es mehrere Runden gab, zu denen Fraktionen, Händlervertreter, Interessenverbände etc. eingeladen wurden, um mit der Verwaltung inhaltlich zu diskutieren. Die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Runden wurden dem Ausschuss bereits vorgestellt. Herr Hemmerling vermisst den Wirtschaftsförderungsverein in der Aufzählung. Dieser hätte sich nicht eingebracht, informiert Herr Tschepe.

Herr Hamacher stellt fest, dass es eine genaue Beschreibung der vorhandenen Ansiedlungen gibt. Ihm ist aufgefallen, dass auf Seite 38 nur von einem **Getränkemarkt** gesprochen wird, obwohl es mindestens zwei in der Stadt gibt. Herr Tschepe gibt ihm Recht und sagt, dass dies möglicherweise ein noch zu behebender redaktioneller Fehler ist. Für den Hinweis auf derartige Detailfehler ist die Verwaltung dankbar.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung berührter Behörden, der Nachbargemeinden und benachbarter zentrale Orte Stellungnahmen abgegeben wurden. Über den Sachverhalt der Stellungnahmen, ersichtlich in der Anlage 1, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 1. Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Fürstenwalde/Spree als städtebaulichen Rahmenplan mit Selbstbindung für die Verwaltung.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.4 Baubeschluss Erweiterung der Theodor Fontane Grundschule

6/DS/590

Herr Tschepe informiert ergänzend zur Drucksache, dass die Stadt den Bescheid bekommen hat, dass sie in der zweiten Runde des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG II) berücksichtigt worden ist, welches eine **90prozentige Förderung** vorsieht. Bei dieser Runde findet eine deutliche Konzentration auf die Förderung von Schulinfrastruktur statt. Nach dem Entwurf der Landesregierung würde die Stadt Fürstenwalde/Spree weitere 3,66 Mio. Euro Fördergelder erhalten. Mit den bereits genehmigten 1,5 Mio. Euro aus KInvFG I würden die 5,4 Mio. Euro Gesamtkosten fast vollständig über KInvFG gefördert. Herr Wende freut sich über die Nachricht.

Herr Fettke erläutert, dass die Grundlage der Genehmigungsplanung die beschlossene Entwurfsplanung ist. Bezüglich der **Essenversorgung** ist nur eine Ausgabeküche geplant, welche um einen Konvektomat ergänzt werden könnte. Dies lässt die geplante Lüftungsanlage zu.

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ausführung des Bauvorhabens „Erweiterung der Theodor-Fontane-Grundschule“ in der Windmühlenstraße 11 auf der Grundlage der Genehmigungsplanung und die Beauftragung der Planungsleistung bis zur LPH 8 nach HOAI.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.5 Sachstandsbericht zur Planung, Sanierung und zum Umbau des Jagd- schlosses

6/IV/601

Herr Fettke informiert, dass die Planung noch nicht soweit ist, dass sie als Baubeschluss eingebracht werden kann. Die **zeitliche Verzögerung** ergibt sich aus einigen Änderungswünschen des Investors. Durch die gewünschte Erhöhung der Sitzplatzkapazitäten ergaben sich Notwendigkeiten zur Auslagerung von Funktionsflächen in den Innenhof bzw. ins ehemalige königliche Proviantamt. Dies hat ziemlich viel Zeit gekostet und erfordert die Wiederholung der Leitungsphase 3. Die Drucksache zum Baubeschluss ist für den Januar 2018 geplant.

Anfang 2018 sollen für eine längere Dauer die Leitungsverzeichnisse veröffentlicht werden, um Firmen zu binden. Der Maßnahmenbeginn ist für April/Mai angedacht. Wegen der unklaren **Marktlage** gibt es einige Beschränkungen beim Innenausbau, daher findet eine Konzentration auf die Dachkonstruktion statt. Ab morgen soll das benötigte Schutzdach aufgebaut werden. Herr Tschepe ergänzt, dass die vorsichtige Sicht bezüglich der Ausschreibungen aufgrund der Erfahrungen mit ausbleibenden Angeboten begründet liegt. Ein Projekt mit einem derartigen Wert für die Stadt Fürstenwalde/Spree und das Land Brandenburg erfordert einen erhöhten Abstimmungsbedarf.

Herr Wende merkt an, dass die Stadt Eigentümerin bleibt und die Entscheidungshoheit haben sollte. Er empfiehlt, eher Herrn Dr. Drachenberg als Maßstab zu nehmen als die Wünsche des Investors. Herr Fettke informiert, dass Herr Drachenberg (**Landeskonservator**) oder sein Vertreter (Herr

Türk) bei diversen Runden anwesend waren. Bei der Fassade sind keine Änderungen geplant und auch der Glasanbau ist bereits abgestimmt. Änderungen finden nur bei der Nutzung der Flächen statt. Die Denkmalschutzbehörde hat sich einen kompakten Baukörper vor dem Mittelrisalit gewünscht. Dieser Wunsch wurde umgesetzt. Im Sinne der Kompromissfindung wurde ein großzügiges Treppenhaus vorgesehen.

Herr Henkel fragt nach dem Raum für größere Veranstaltungen im Westen des Grundstücks. Hier bemerkt Herr Fettke, dass die als **Orangerie** bezeichnete Baulichkeit nur als eine Möglichkeit dargestellt wurde, deren Verwirklichung aber nicht weiter verfolgt wurde. Stattdessen soll hier der Parkplatz entstehen.

Herrn Benz ist der „Glaskasten“ unbekannt. Herr Fettke sagt, dass der Anbau als Auftritt (Terrasse) aus dem Erdgeschoss bereits früher vorgesehen war. Ursprünglich war sogar eine größere Version geplant. Herr Tschepe ergänzt, dass die **zentrale Treppe** mit dem Zwischenpodest vom Denkmalamt nicht gewünscht war, daher sind jetzt zwei kleinere Treppen an den Seiten vorgesehen.

Auf Herr F.P. Apitz' Frage nach der **wirtschaftlichen** Notwendigkeit des Anbaus antwortet Herr Tschepe, dass die zusätzliche Fläche gebraucht wird, da die Größe des Restaurants sonst nicht ausreicht.

TOP 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE; Altbausubstanzerhaltungssatzung er- 6/AN/614 stellen

Herr Wende von der einbringenden Fraktion kritisiert zunächst, dass der Antrag in der Stadtverordnetenversammlung pauschal in den Ausschuss verwiesen wurde. Dadurch ist Zeit verloren gegangen und nun Eile geboten. Ziel des Antrages ist, Mittel aus einer Fördersäule im Stadtumbau zu nutzen, Altbausubstanz zu erhalten. Er verweist als Beispiel auf Gebäude in der Dr.-Wilhelm-Külz-Straße. Nach Hinweisen der Verwaltung soll besser der Begriff Altbauaktivierungsstrategie verwendet werden.

Herr Hilke fragt nach dem Ziel der Richtlinie. Herr Wende meint, dass sowohl Ankauf und Sanierung als auch Sanierung Dritter damit finanziert werden könnten. Herr Tschepe ergänzt, dass eine **Förderung** bis zu 90 % möglich wäre. Auf Herrn Hoffrichters Frage nach der Abgrenzung der Objekte sagt Herr Wende, dass dies in der Strategie festgelegt werden muss. Frau Albrecht führt aus, dass im Sinne des Stadtumbaus nur Gebäude darunter fallen, die bis 1949 errichtet wurden.

Herr Tschepe ergänzt, dass mit dem Programm Leerstand und Verfall in Brandenburger Innenstädten entgegengewirkt werden soll. Herr Hemmerling sieht darin auch eine willkommene Unterstützung für die Besitzer derartiger Immobilien. Herr Hilke fragt, ob sich das Programm auch an private Eigentümer wendet. Herr Tschepe sagt, dass durch das Programm die Kommunen in die Lage versetzt werden sollen, Dritte zu fördern und Herr Wende ergänzt, dass die Kommune durch eine Strategie zum Erhalt von Bausubstanz ihre **Verantwortung** übernimmt. In der Stadt sind diverse verfallene und verfallende Altbauten zu finden.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Altbausubstanzerhaltungssatzung zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Mit dem Haushalt 2018 sind hierfür die personellen und finanziellen Ressourcen zu sichern.

Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE - gefährliche Kreuzungssituation an der 6/AN/616 Kreuzung Goethestraße/Ecke Lange Straße

Herr Benz von der einbringenden Fraktion stellt fest, dass es im Bereich der Kreuzung schon häufiger gefährliche Situationen mit Beinaheunfällen gegeben hatte und es am 07.11. schließlich zu

einem schweren **Unfall** gekommen ist. Er wünscht sich eine Verbesserung der Situation insbesondere für Fußgänger und Radfahrer. Herr Benz sieht vor allem in der fehlenden Querungshilfe für Fußgänger und Radfahrer ein großes Problem, weil hier auch viele (Schul-)Kinder verkehren. Möglicherweise wäre ein verkehrsberuhigter Bereich sinnvoll.

Herr Tschepe erläutert anhand eines Luftbildes die örtliche Situation: Hier knickt die Vorfahrtstraße ab und es besteht eine unübersichtliche Situation. Durch den Umleitungsverkehr infolge der Baumaßnahme an der August-Bebel-Straße herrscht derzeit eine **untypische Situation** mit einem höheren Verkehrsaufkommen. Anfragen an die Polizei und das Straßenverkehrsamt ergaben, dass es sich nicht um einen Unfallschwerpunkt handelt und somit die formalen Voraussetzungen fehlen, die Situation zu ändern. Bekannte vorherige Unfälle seien nicht auf die Kreuzungssituation zurückzuführen. Nach dem Ende der Umleitung wird ein Verkehrsrückgang erwartet. Die derzeitige Tempo-30-Regelung bleibt erhalten. Schnelle Umbauten scheitern an den gegebenen Besitzverhältnissen, da die Grundstücksgrenzen teilweise bis an die Fahrbahnkante reichen.

Herr Hoffrichter verweist darauf, dass die früheren Poller in der **Ferdinand-Bauer-Straße** nicht wieder installiert werden sollen und daher auch nach dem Abschluss der Baumaßnahmen an der August-Bebel-Straße mehr Verkehr als ursprünglich zu erwarten ist. Herr Hilke fragt, ob die Ferdinand-Bauer-Straße nicht wieder zu einer Sackgasse werden könnte. Herr Tschepe sagt, dass dies geprüft werden könnte, jedoch müsste eine Lkw-Wendemöglichkeit vorhanden sein. Herr Benz merkt an, dass die Lkw auch vorher nicht wenden konnten.

Herr Luban regt an, einen Zebrastreifen als **Schulwegsicherung** aufzubringen. Herr Tschepe sagt, dass das hierfür notwendige Mindestmaß an Verkehrsaufkommen wohl nicht erreicht wird. Die Zustimmung des Straßenverkehrsamtes hierzu wäre fraglich, da dieses auch wegen der absehbaren Verlagerung der Schule dagegen votieren könnte. Herr Aulich stellt fest, dass die Straße auch nach der Verlegung der Schule ein Schulweg bleiben würde. Hauptprobleme sind die geringe Straßenbreite sowie die schlechte Einsicht aufgrund des ungünstigen Winkels, in dem die Straßen aufeinander treffen.

Herr Hemmerling sieht auch an anderen Stellen in der Stadt ähnliche Problembereiche, z.B. an der Hegelstraße (L 38). Es sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, Gefahrenpunkte zu entschärfen. Herr Benz, sagt, dass bspw. das Abkassieren der Polizei von Radfahrern, welche den abgeordneten Radweg nutzen, die Lage unnötigerweise noch verschlimmert.

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen (so z.B. Querungshilfe, Fußgängerüberweg ...), um die für FußgängerInnen und RadfahrerInnen gefährliche Kreuzungssituation an der Kreuzung Goethestraße/Ecke Lange Straße zu entschärfen und für die Zukunft eine sichere Querung zu ermöglichen.

Die möglichen Maßnahmen sollen dem Fachausschuss vorgestellt und danach zeitnah umgesetzt werden.

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018 sind die notwendigen finanziellen Mittel einzustellen.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.8 Antrag der Fraktion DIE LINKE "Erstellung einer Konzeption zur Versorgung Geflüchteter mit Wohnraum"

Herr Wende von der einbringenden Fraktion sagt, dass die aktuelle Situation mit den Geflüchteten bestehen bleibt. Viele haben einen Anerkennungsstatus und können aus den Gemeinschaftsunterkünften in normale Wohnungen umziehen. Einige Wohnprojekte gibt es schon. Für die Wohnungsgesellschaften sind insbesondere langfristige **Perspektiven** wichtig, um wirtschaftlich arbeiten zu können, da die Wiederherstellungskosten stillgelegter Wohnungen bei 10.000 bis 15.000 Euro je Wohnung liegen. Der in der Drucksache aufgeführte Zeitrahmen ist inzwischen nicht mehr haltbar und würde bei Unterstützung durch den Ausschuss bis zur Stadtverordnetenversammlung angepasst. Das Ziel ist die Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Herr Hilke findet es grundsätzlich richtig, sich darüber Gedanken zu machen. Die Wohnungswirtschaft (Wowi) hat zusammen mit dem Landkreis und der Stadt auch schon Möglichkeiten erarbeitet. Die Organisation der Einzelflüchtlinge existiert bereits. Wichtig ist, die Vermieter nicht allein zu lassen. Es besteht ein Wohnungswertminderungsrisiko. So sollten zunächst **Integrationskurse** verpflichtend besucht worden sein, um die kulturellen Gepflogenheiten beim Zusammenleben kennenzulernen. Herr Wende sagt, dass Frau Kaiser (Kreis) und Frau Hoffmann (Stadt) übereinstimmend feststellten, dass es noch immer nicht genügend Kurse gibt. Er gibt zu bedenken, dass durch die aktuellen Entwicklungen der Druck zunimmt. Wohnraum wäre verfügbar, aber zunächst sind hohe Sanierungskosten zu tragen. Es bedarf einer Handlungsstrategie.

Herr Hilke sieht keine Gefahr für Obdachlosigkeit, da der Landkreis die Geflüchteten nicht einfach so aus den **Gemeinschaftsunterkünften** schmeißen könne. Herr Wende widerspricht und sagt, dass der Landkreis sogar verpflichtet ist, sie zu entlassen, wenn sie unter das Sozialgesetzbuch fallen.

Herr Hoffrichter würde sich ein genaueres Herausstellen von Potentialen wünschen, um die Lage besser einschätzen zu können. Eine Betreuung der Wohnungsunternehmen als Vermieter sollte stattfinden, ansonsten sollten Lösungsansätze präsentiert werden. Herr Hilke sagt, dass der Landkreis durch das Jobcenter für Schäden **bürgen** sollte, welche als Darlehen an die Geflüchteten gestaltet werden. Herr Wende stimmt dem zu und regt an, dass eine direkte Mietkostenabtretung vom Jobcenter an die Vermieter möglich sein sollte.

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Integrationsmanagerin der Stadt, zuständigen MitarbeiterInnen der Kreisverwaltung u.a. der Ausländerbehörde, und der Wohnungswirtschaft eine Konzeption zur zeitnahen Versorgung Geflüchteter mit Wohnraum zu erstellen.

Zustimmung Ja 7 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Protokollnotiz: Herr Aulich war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum.

TOP 8.9 Antrag des Ortsteils Heideland: Planung und Bau einer Querungshilfe 6/AN/617 auf der L38, OT Heideland (BE: Hr. Hajduk, Hr. Wittig, Ortsbeirat Heideland)

Herr Hajduk und Herr Wittig vom Ortsbeirat Heideland erläutern, dass auf der Hangelsberger Chaussee (L 38) der Einbau einer Querungshilfe für Fußgänger und Radfahrer (**Verkehrsinself**) im Bereich zwischen Einfahrt Friesenstadion und Einmündung Ampferweg zur Gefahrenabwehr gewünscht wird. Vor allem während Umleitungsverkehren im Zuge von A-12-Sperrungen ist ein Queren kaum möglich. Sie verweisen auf eine derartige Maßnahme im weiteren Verlauf der L 38 in Hangelsberg und schlagen eine ähnliche Regelung mit dem Landesbetrieb Straßenwesen vor. In Hangelsberg übernimmt die zuständige Gemeinde Grünheide (Mark) die Kosten für die Wartung der Querungshilfe.

Die aus Mitteln des **Bürgerbudgets** fertiggestellte Beleuchtung an der Hangelsberger Chaussee wird sehr gelobt. Auch der im Bürgerbudget gewählte Ausbau des Geh- und Radweges wird begrüßt, auch wenn unklar ist, für welche Länge die Summe letztlich ausreicht. Auch die Errichtung einer Ladestation für Elektrofahrräder im Bereich wäre eine überlegenswerte Maßnahme.

Herr Benz bemerkt, dass durch das Versetzen des Ortseingangsschildes die Errichtung der Querungshilfe rechtlich möglich wird.

Herr Hilke bemängelt, dass durch das Versetzen der **Bushaltestelle** für die Bewohner im hinteren Bereich sehr lange Wege entstehen. Darauf erwidert Herr Hajduk, dass es um die Einrichtung einer weiteren Haltestelle geht.

Herr Wende betont, dass sich die baulichen Maßnahmen in die grundsätzlichen Überlegungen für bauliche Veränderungen in dem Bereich **integrieren** lassen müssen. Wegen der noch ungewissen Situation bei den Themen Festplatz und Stadion-Parkplatz sollten keine unabweisbaren Tatsachen

geschaffen werden. Herr Hajduk sagt, dass sich die Position der geplanten Querungshilfe an der Stelle mit der höchsten Frequentierung befindet. Hier sind häufig Beinaheunfälle zu beobachten.

Herr Aulich regt an, den bestehenden Parkplatz am Friesenstadion als Bus-Wendeschleife zu nutzen, um eine Integration der Haltestellen in das **Stadliniennetz** zu ermöglichen.

Herr Hemmerling verweist darauf, dass im Zuge des sportlichen Erfolgs des FSV Union, die **Besucherzahlen** und damit die Notwendigkeit weiter steigen könnten.

Herr Wittig verweist auch auf die Kinder, welche an der Bushaltestelle an der Hegelstraße aussteigen und die nicht ungefährliche L-38-Einmündung in den **Kreisel** queren müssen, um zum Stadion zu gelangen. Herr Hamacher ergänzt, dass auch Parkplatznutzer eine Querungshilfe brauchen.

Herr Tschepe sagt, dass das Luftbild und die Zeichnung am Antrag ergänzt werden. Die Umsetzung erfordert viel **Vorlauf**, da andere Entscheidungsstellen beteiligt werden müssen. Das Versetzen des Ortseingangsschildes wäre eine einfach umzusetzende Maßnahme. Eine zusätzliche Haltestelle muss ausreichend begründet werden. Im Moment verkehrt hier nur montags bis freitags eine Regionalbuslinie, die Integration in eine Stadtlinie bedarf mehr Aktivitäten. Das Thema wird im INSEK behandelt.

Bei den baulichen Maßnahmen müssen alle denkbaren Entwicklungen beachtet werden. Derzeit wird untersucht, wo die Eingriffe für einen möglichen Festplatzstandort am geringsten sind und an welcher Stelle relevante Fußgängerströme auftreten. Die Querungshilfe an der angedachten Stelle dürfte mit der Gesamtkonzeption vereinbar sein. Eine zweite **Fuß- und Radwegverbindung** ins Heideland besteht in der Verlängerung der Hauptpromenade durch den Park. Diese Verbindung muss bei den Planungen im Bereich der Aufbauschule beachtet werden.

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree beschließt die Planung und den Bau der Querungshilfe auf der L 38 entsprechend der Anlage 1 sowie den Ausbau des Geh- und Radweges von der Zufahrt des Stadions bis zum Kreisel.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Herr Tschepe informiert, dass sowohl die Umrüstung der Fahrradabstellanlagen in der **Eisenbahnstraße** von Einstellständern („Felgenkillern“) zu Anlehnbügeln als auch der Bau des Geh- und Radwegabschnittes in der Ehrenfried-Jopp-Straße bei Bonava diese Woche abgeschlossen werden.

Die Fertigstellung der Jahnstraße ist für den 14.12. avisiert, die Freigabe für den Verkehr soll gegen 15 Uhr passieren. Die Freigabe der Baustelle **August-Bebel-Straße** erfolgt in zwei Etappen: Ende dieser Woche soll der südliche Abschnitt einschließlich der Bahnhofstraße fertiggestellt werden. Die Fertigstellung des nördlichen Abschnittes ist für den 22.12. geplant. In der kurzen Zwischenphase werden die Buslinien weiterhin über die Poststraße umgeleitet, verkehren nach dem Fahrplanwechsel (10.12.) ab der August-Bebel-Straße aber wieder auf den eigentlichen Strecken.

Ab dem Fahrplanwechsel wird auf Anregung von Eltern die neue Haltestelle „Alexisstraße“ in der Rauener Straße zunächst provisorisch eingerichtet. Wird die Haltestelle gut angenommen, kann eine spätere dauerhafte Einrichtung erfolgen. Im **Busverkehr** findet darüber hinaus auch eine Verlängerung der Betriebszeit der Linie 411 statt. Richtung Nord wird künftig ab Bahnhof ein Bus um 21:15 Uhr verkehren.

Bei der Prüfung zum Umgang mit der als Umleitung genutzten **Baustraße** („Siegfried-Hirschmann-Straße“) wird derzeit die Beteiligung der zuständigen Behörden vorbereitet, um einen Erhalt als Geh- und Radweg anzustreben.

Die Deutsche Bahn AG hat angekündigt, die Gleise im Bereich der Lindenstraße im Sommer 2018 grundhaft zu erneuern. In diesem Zusammenhang wird auch der **Bahnübergang Lindenstraße** vom 18.06. bis 03.07. für Kfz gesperrt sein.

Herr Tschepe informiert, dass aus aktuellem Anlass kurzfristig zwei Drucksachen (6/DS/626 und 6/DS/627) auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 14.12. gebracht wurden, welche inhaltlich zuvor im Stadtentwicklungsausschuss hätten besprochen werden müssen. Die Einbringung der Drucksache war für diesen Ausschuss nicht mehr fristgerecht möglich. Hintergrund ist, dass die in einer früheren Drucksache (6/DS/554) beschlossene Versagung des gemeindlichen Einvernehmens durch die Änderung bzw. Neubeantragung der abgelehnten Bauanträge für die **Windenergieanlagen** auf der Lebuser Platte erneut für die neuen Anträge beschlossen werden muss. Falls dazu eine Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss gewünscht wird, würde das aufgrund der geltenden Fristen zur Stellungnahme der Gemeinde die Einberufung einer Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung im Januar erfordern, da die Sitzung im Februar zu spät käme.

Herr Fettke kündigt eine weitere Drucksache für die Stadtverordnetenversammlung am 14.12. an. Diese beinhaltet die von den Stadtverordneten am 23.11. beschlossene Aufstellung von Containern an der **Gerhard-Goßmann-Grundschule**. In den Containern sollen drei Klassenräume und sanitäre Anlagen untergebracht werden. Die Drucksache wird wahrscheinlich erst am Montag zur Verfügung stehen. Des Weiteren wurde bei der Gerhard-Goßmann-Grundschule das Gerüst zum Schulhof abgebaut. Das Ergebnis der Fassadensanierung ist sehr gelungen. Die restliche Abrüstung soll noch in diesem Jahr erfolgen. Die Sanierungs-/Reinigungsarbeiten der Naturstein- und Keramikbänder werden im nächsten Jahr abgeschlossen. An der Aula wird nur der Putz saniert. Dies ist mit dem Denkmalschutz abgestimmt, um hier einen Teil der ursprünglichen Fassade zu erhalten.

Bei der **Sigmund-Jähn-Grundschule** ist die Fassade soweit fertig, dass am 07.12. abgerüstet werden kann. Ferner werden auch der Sockel und die Traufkiesstreifen fertig. Die Gestaltung des Giebels zum Schulhof (Querbalken mit Kindern) soll im Frühjahr von einer Hebebühne aus passieren.

Bei der alten **Biogasanlage** wird im ersten Halbjahr 2018 der weitere Rückbau präsentiert. Herr Hamacher fragt, ob die Anlage durch die beauftragte Firma nicht entsprechend eines früheren Beschlusses zurückgebaut wurde. Herr Fettke stellt dar, dass die flüssigen Reste in dem Gärbehälter 2015 abgepumpt und nach Vereinbarungen mit einigen Bauern auf deren Äckern ausgebracht wurden. Für die festen Bestandteile, welche immerhin 2/3 der Behälterinhalte ausmachten, wird derzeit nach einer Lösung zur Entsorgung/Verwertung gesucht. Der Vertrag mit dem Unternehmen für den ursprünglichen Rückbauzeitraum besteht nicht mehr. Herr Almes fragt, ob der ehemalige Betreiber an den Kosten beteiligt wird. Hier verweist Herr Fettke auf einen Beschluss im Hauptausschuss zum Umgang mit dem ehemaligen Betreiber. Ein Klageverfahren gegen ihn ist gescheitert. Herr Tschepe empfiehlt, zum Klageverfahren im morgigen Hauptausschuss nachzufragen, da der Fachbereich 4 daran nicht beteiligt war.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Herr Wende fragt, warum die Busspur am **Bahnhof** noch nicht abmarkiert wurde, obwohl die Abmarkierung dringend notwendig ist. Herr Tschepe führt aus, dass die dafür notwendige verkehrsrechtliche Anordnung inzwischen vorliegt, aber zum Aufbringen der Markierungen wären die Witterungsbedingungen nicht geeignet. Es ist jedoch auch ein undiszipliniertes Verhalten der Autofahrer zu beobachten, welche vorhandene Markierungen und Beschilderungen ignorieren. Hier vermisst Herr Wende das Auftreten der Ordnungsbehörden. Diese müssten nicht zwangsläufig gleich sanktionieren, sondern könnten zunächst über die neuen Regelungen aufklären. Er verweist ausdrücklich darauf, dass die Maßnahmen erst den Beginn des Prozesses darstellen. Hier bemerkt Herr Tschepe, dass im Zuge der Ortstermine schon festgestellt wurde, dass bauliche Verbesserungen zum Erreichen der Aufstellplätze für die Busse erforderlich sind. Diese werden derzeit geprüft.

Herr Almes führt aus, dass er in letzter Zeit verstärkt **Alkoholisierete** im Stadtgebiet antrifft. Am Markt, am Bahnhof, auf der Spreebrücke und an anderen Orten hinterlassen diese oft Scherben und Müll. Zudem soll es auch zu Belästigungen gekommen sein. Er empfiehlt, § 5 der Ordnungsverfü-

gung derart anzupassen, dass der Verzehr von Alkohol im öffentlichen Raum generell untersagt wird und mit mindestens 25 Euro geahndet werden sollte. Hier verweist Herr Tschepe auf die im morgigen Hauptausschuss stattfindende Beratung über die neue Stadtordnung. Die Inhalte sollten besser dort diskutiert werden. Herr Wende bemerkt, dass in den letzten zwei bis vier Jahren in diversen Städten derartige Regelungen von Verwaltungsgerichten als unwirksam erklärt wurden.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob Informationen der Verwaltung bzw. Anfragen der Mitglieder im nicht öffentlichen Teil zu erwarten sind. Nachdem beides verneint wurde und auch keine weiteren Tagesordnungspunkte im nicht öffentlichen Teil vorkommen, wird beschlossen, auf den nicht öffentlichen Teil zu verzichten.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 22:02 Uhr.

Kai Hamacher

Marco Witte

Vorsitzender

Schriftführer